

Medienmitteilung / Communiqué

Parteiversammlung

Vorlagenmarathon an Parteiversammlung

Im 14. Stock im Roche-Hochhaus in Rotkreuz durfte die FDP die erste Parteiversammlung nach den Sommerferien abhalten. Dabei wurde ein Geschäftsleitungsmitglied verabschiedet, ein neues Mitglied gewählt und insgesamt sieben Parolen gefasst. Am Meisten debattiert wurde über das Wahlgesetz. Die FDP lehnt den Pukelsheim ab. Weiss aber, dass die Regierung dann ein verfassungskonformes Wahlsystem einsetzen muss. Die FDP fordert die Regierung daher auf, nach bestem Gewissen ein legitimes Wahlsystem als einmalige Übergangslösung zu bestimmen.

Die FDP.Die Liberalen Zug waren zu Gast bei der Roche Diagnostics in Rotkreuz. Nach dem Einblick in die Tätigkeiten des zweitgrössten privaten Arbeitgebers des Kantons durch den Generalmanager Jürg Erismann und den Verwaltungsratspräsidenten Rolf Schweiger konnte der FDP-Präsident Jürg Strub rund 100 Anwesenden hoch oben im 14. Stock des Roche-Hochhauses begrüessen. Eine lange Traktandenliste wartete auf die FDP-Mitglieder.

Neues Mitglied der FDP Geschäftsleitung: Patrick Mollet

Nach der Wahl in den Kantonsrat ist der Präsident der FDP.Die Liberalen Unterägeri, Renato Sperandio, aus der Geschäftsleitung der Kantonalpartei zurückgetreten. Jürg Strub verdankte Renato Sperandio seinen grossen Einsatz für die FDP. Die Parteiversammlung wählte daraufhin Patrick Mollet, Präsident der FDP.Die Liberalen Stadt Zug, in die Geschäftsleitung der Kantonalpartei.

Kantonale Abstimmungen:

Ja zum Hooligan-Konkordat

Kantonsrätin Maja Dübendorfer präsentierte als Mitglied der Kommission das Hooligan-Konkordat. Die contra-Seite wurde von Kantonsrat Thomas Lötscher vertreten. In der anschliessenden Diskussion spiegelte sich dieses Spannungsfeld zwischen Sicherheitsbedürfnis und Grenzen der Kontrolle wider. Die Mehrheit sprach sich schliesslich für eine Schärfung der Instrumente von Polizei, Justiz und Sportclubs aus.

Nein zum Integrationsgesetz

Regierungsrat Matthias Michel präsentierte die Vorlage der Parteiversammlung und vertrat die Position der Regierung. Er hielt fest, dass Integration über Regelstrukturen erfolgen soll. Zudem sei Zuwanderung wirtschaftlich gesteuert und notwendig. Die kritischen Voten in der anschliessenden Diskussion stellten insbesondere die Notwendigkeit des neuen Gesetzesentwurfs in Frage. Die Stimmen, die die Vorlage als unnötig und Integration nicht als staatliche Dienstleistung sondern als Holschuld betrachteten, oblagen schliesslich in der Abstimmung. Die Parteiversammlung beschloss ein Nein zum Integrationsgesetz.

Nein zum Wahlgesetz (Pukelsheim) aber Handreichung für verfassungskonforme Lösung

KR Adrian Andermatt stellte das Wahlgesetz zum doppelten Pukelsheim vor. Er hielt fest, dass der Pukelsheim für die Bürgerinnen und Bürger intransparent sei. Die nachfolgenden Voten zeigten das eigentliche Dilemma: Eine Ablehnung des Pukelsheim durch das Volk ist realistisch. Doch muss die Regierung dann im Notrecht trotzdem ein verfassungskonformes Wahlsystem – zumindest für die anstehenden Wahlen 2014 – einsetzen, und das könnte mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Wahlkreiszusammenlegung sein. Damit würde aber die Autonomie der Gemeinden zur Selbstbestimmung ihrer Kantonsräte weiter beschränkt. Eine solche Wahlkreiszusammenlegung kommt für die FDP nicht in Frage. Sie signalisiert der Regierung, dass sie ihr Hand reicht, für eine einmalige Übergangslösung:

Im Falle einer Ablehnung des Pukelsheim durch das Volk, akzeptiert die FDP die Einführung eines rechtsgültigen Wahlsystems im Notrecht durch den RR ausschliesslich für die nächsten Wahlen, lehnt aber in jedem Fall eine Wahlkreiszusammenlegung auch bei späteren Wahlen ab. Sie verlangt aber, dass der RR eine von den bürgerlichen Parteien auf nationaler Ebene eingeleitete Initiative zur Selbstgestaltung der Wahlsysteme durch die Kantone unterstützt und dass er in jedem Falle für die Wahlen 2018 und folgende ein mehrheitsfähiges, rechtskonformes Wahlsystem ausserhalb des Pukelsheim sucht.

Eidg. Abstimmungen

Nein zur Unsicherheitsinitiative der GSoA (Wehrpflicht)

Patrick Mollet, Präsident der FDP Stadt Zug und Mitglied der Offiziersgesellschaft Zug plädierte für die Ablehnung. Nur gerade zwei Votanten sahen die Wehrpflicht aus liberaler Sicht als nicht notwendig. Grossmehrheitlich lehnte die Parteiversammlung die GSoA-Initiative strikt ab und sieht in ihr nur einen weiteren Versuch, die Armee in Raten abzuschaffen.

Ja zum Epidemiegesetz

Regierungsrat Urs Hürlimann stellte als Gesundheitsdirektor das Epidemiegesetz vor. Sein Argument, dass es griffige Mittel brauche, um im Epidemiefall reagieren zu können, denn Krankheiten machen vor Grenzen keinen Halt, verfiel. Gegner der Vorlage sahen den Gesetzesentwurf als unnötig an und gingen davon aus, dass Professionalität ein entsprechendes Verhalten eigentlich voraussetze. Die FDP folgte schliesslich der Argumentation von Urs Hürlimann und stimmte der Vorlage zu.

Ja zum Arbeitsgesetz (Liberalisierung der Tankstellen Öffnungszeiten)

Marc Meyer von den Jungfreisinnigen präsentierte gekonnt die Vorlage zum Arbeitsgesetz. Dabei geht es um die Aufhebung der Sortimentsbeschränkung, welche nachts geöffneten Geschäften den Verkauf von Cervelats erlaubt, denjenigen von Bratwürsten aber verbietet. Daher auch die gute Kampagne mit dem Slogan „Bratwürste legalisieren“. Die Parteiversammlung sagt grossmehrheitlich und aus liberaler Überzeugung Ja zum Arbeitsgesetz.

*Vorausblickend auf die Novemberabstimmung***Nein Volksinitiative 1:12**

Abschliessend stellte Präsident Jürg Strub vorausblickend die 1:12 Volksinitiative vor und liess sogleich die Parole fassen, um frühzeitig über die Gefährlichkeit der Initiative informieren zu können. Wenig verwunderlich stimmte die Parteiversammlung geschlossen gegen die sozialistische 1:12-Initiative.

Vorlage	Parole
Kt: Hooligan-Konkordat	60 Ja 23 Nein bei 2 Enthaltungen
Kt: Integrationsgesetz	30 Ja 54 Nein
Kt: Wahlgesetz: Pukelsheim	3 Ja 77 Nein 7 Enthaltungen.
Eidg.: Unsicherheitsinitiative (Wehrpflicht)	2 Ja 72 Nein 1 Enthaltung
Eidg.:Epidemiegesetz	63 Ja 19 Nein 1 Enthaltung
Eidg.: Arbeitsgesetz (Liberalisierung Tankstellenöffnungszeiten)	Grossmehrheitlich Ja

28. August 2013

Kontakt:

Jürg Strub, Präsident, Mobile 079 693 95 16

Andreas Heizmann, Kommunikationschef, Mobile 078 614 33 66